

Die giftige Agenda

Unterversorgung ist gewollt - als Instrument der Wirtschaftspolitik

VON HERIBERT PRANTL

Ein Sozialstaat ist nicht das Schlaraffenland. Er verteilt nicht nur Überfluss, sondern auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Ein Sozialstaat gibt also nicht dem, der schon hat, und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Die Agenda 2010 hat das missachtet; diese Missachtung heißt Hartz IV: Die Schwachen werden belastet, die Starken entlastet. Die Agenda war eine Agenda der einseitigen Zumutungen, eine halbe Agenda.

Der zweite Teil der Agenda ist nie angepackt worden; eine neue Vermögens- oder eine Reichensteuer ist nie gekommen, über Transaktionssteuern wird bis heute nur geredet. Das Reden über Belastungen auch für die Starken, das Lamento über die astronomischen Bezüge von Managern - es war und ist Ablenkungsgerede. Die Agenda hat daher das Vertrauen in den Gerechtigkeitssinn der deutschen Politik beschädigt; sie hat das Fairness-Siegel von der Bundesrepublik heruntergerissen; sie hat der Sozialstaatlichkeit, die einen hohen Verfassungsrang hat, ihren Eigenwert genommen. Sie hat die Armut zum Mittel der Politik gemacht - 'um Ressourcen frei zu bekommen', wie Kanzler Schröder sagte. Unterversorgung wurde zu einem wirtschaftspolitischen Instrument. Das ist bitter.

Gute Medizin muss bitter schmecken, sagen die Verteidiger der Agenda; Hauptsache sie hilft. Angeblich hat sie geholfen: Die Zahl der Arbeitslosen sei gesunken. Die Statistik arbeitet mit vielen Tricks, aber dies eine stimmt: Die Zahl der Erwerbstätigen ist heute hoch wie nie. Manche sehen darin ein Wunder. Es ist ein potemkinsches Wunder, denn das Gesamtvolumen der geleisteten Arbeitsstunden ist geschrumpft. Warum? Weil immer mehr Menschen in mickrigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten; Minijobber werden einfach als Erwerbstätige mitgezählt. Die Agenda hat Zeitarbeit, Mini-Jobs und Ich-AGs gefördert, der Niedriglohnssektor ist stark gewachsen. Der Staat zahlt Aufstockung, übernimmt also die Kosten, die eigentlich durch die Löhne gedeckt werden müssten. Und so subventioniert der Staat die Wirtschaft und schwächt die Gewerkschaften.

Die Agenda 2010 zwingt Arbeitslose in prekäre Beschäftigungsverhältnisse - bei Zuwiderhandlung Leistungskürzung. Prekäre Beschäftigung sei besser als keine Beschäftigung, lautet das Argument dafür. Aber: Die prekären Beschäftigungen greifen um sich, rufen billige Anbieter auf den Markt, die die Ware Arbeitskraft verramschen; die Solidität bisher stabiler Arbeitsstellen ist gefährdet. Ein umfassendes System der Mindestlöhne könnte da helfen; es gibt dieses System nicht. Stattdessen gibt es ein System des Drucks auf Arbeitslose in Form von Sanktionen: Sie müssen ihre ständige Bereitschaft zur Arbeit auf zum Teil alberne Weise unter Beweis stellen, um ihr Recht auf soziale Absicherung zu erhalten.

Arbeitslosigkeit wird so in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit zu einem individuellen Versagen erklärt; wer keine oder keine gescheite Arbeit findet, ist selber schuld; er hat sich nur nicht genügend bemüht. Man spricht gern vom aktivierenden Sozialstaat. Man kann den Eindruck haben, dass er nicht die soziale Sicherheit, sondern das Bewusstsein der sozialen Unsicherheit kultivieren will. Das wird befeuert durch Missbrauchs- und Faulheitsdebatten. Seit der Agenda ist der Hilfsbedürftige nicht zuerst hilfsbedürftig, sondern verdächtig; die Agenda hat den sozial Verdächtigen geschaffen. Der Staat zeigt sich nicht fürsorglich, sondern überwachend: 'Hartzler' müssen es sich gefallen lassen, dass der Staat in ihren Schlafzimmern schnüffelt, um festzustellen, mit wem sie zusammen wohnen.

Die Hartz-Gesetze waren kleinlich, schlampig, schikanös; sie haben auf unguete Weise pauschaliert. Sie haben Langzeitarbeitslose gezwungen, ihr kleines Vermögen zu verscherbeln, ihre Lebensversicherungen zu einem Spottpreis zu verkaufen, also das fürs Alter Ersparte aufzuzehren. Die Gerichte, das Bundesverfassungsgericht zuoberst, haben einen Teil des legislativen Wahnsinns korrigiert, Karlsruhe hat die Hartz-IV-Sätze für verfassungswidrig erklärt und ihre ordentliche Berechnung erzwungen. Die Energie, die die Politik verbrauchte, um das verfassungswidrige Hartz-Gesetz zu verteidigen, hätte besser genutzt werden können.

'Hartzler': Das ist nun der Name für die Armen in Deutschland; und 'IV': Das ist die Bezeichnung für die steile Rutsche, die in die Armut führt. Dieses Gerät hat das soziale Netz ersetzt. Es ist bezeichnend, dass sich die Zahl der Tafeln, an der Bedürftige Lebensmittel erhalten, seit der Agenda vervielfacht hat. Diese Agenda wird heute südeuropäischen Staaten als Gesundheitsrezept angeboten: Privatisierung, Deregulierung, Prekarisierung. Die Agenda nun also für Europa? Man soll aus Fehlern lernen; man soll sie nicht repetieren, potenzieren, europäisieren.

Die richtige Agenda

Mehr Arbeit ist nicht alles, aber ohne mehr Arbeit ist alles nichts

VON MARC BEISE

Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast? Diesen Zahlen kann man trauen, sie sind nicht ernsthaft zu bestreiten, und sie weisen alle nach oben: mehr Arbeit, mehr Beschäftigte, sogar mehr sozialversicherungspflichtige Jobs. Das ist die Bilanz der Agenda 2010, die am kommenden Donnerstag ihren zehnten Geburtstag feiert. Ein Jahrestag, den jene gerne verschweigen würden, die damals Geburtshelfer waren: SPD und Grüne. Und den jene preisen, die selbst nichts Vergleichbares vorzuweisen haben: Union und FDP.

Die Agenda widerlegt eindrucksvoll eine These, die beängstigen musste: dass Politik heute machtlos ist, kujoniert von der Wirtschaft, den Unternehmen, den Märkten. So muss es eben nicht sein, und das hat niemand eindrucksvoller bewiesen als das zweite rot-grüne Kabinett unter Kanzler Gerhard Schröder.

Angekündigt am 14. März 2003 im Deutschen Bundestag, vorgetragen beinahe verzagt, buchhalterisch in der Präsentation, von vielen zunächst in ihrer Bedeutung gar nicht erkannt, war dies die Ankündigung von Strukturereformen, um 'unser Land wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu führen'. Das Versprechen wurde eingelöst, viele Euro-Krisenstaaten können es heute traurig bestätigen.

Kern der Politik waren Strukturereformen, die sich vor allem auf den Arbeitsmarkt bezogen, eine heilige Kuh bis dahin für Sozialdemokraten, die man nur füttern, nicht schlachten durfte. Eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung, vorgedacht in der Hartz-Kommission, war noch vermittelbar, aber vieles andere war tatsächlich harter Stoff: Deregulierung der Zeitarbeit, Minijob-Reform, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Insbesondere die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld - von 32 Monaten auf 18 - war ein Hammer, sie brachte vielfach persönliches Leid, und sie desavouierte das Image der Reform namentlich im Mittelstand. Schlimm genug, den Job zu verlieren, nun drohte, wie ein Fallbeil, Hartz IV.

Für die Öffentlichkeit kam diese Reform aus dem Nichts, zumal nach dem schlecht vorbereiteten Start in die zweite rot-grüne Amtszeit. Für die Reformer in der Koalitionsspitze aber war die Agenda zwingend, sie war Notwehr, wie einer der Akteure heute sagt mit Blick auf die wirtschaftlichen Daten damals. Seit Jahren kein Wachstum, rasch steigende Arbeitslosigkeit, explodierende Sozialkosten. 2003 gab es vier Millionen offiziell registrierte Jobsuchende, 2005 waren es schon 5,3 Millionen. Die dritthöchste Quote in Europa nach Polen und der Slowakei, und der Blick ging Richtung sechs Millionen. Die Substanz des Sozialstaats war gefährdet, das war des Kanzlers Schröder Befund, und er war richtig.

Die Reform bewirkte tatsächlich vor allem das: Sie schaffte mehr Arbeit und senkte die Sozialkosten. 2008 fiel die Arbeitslosigkeit wieder unter drei Millionen. Mehr noch: Erstmals seit den Achtzigerjahren wurde das eben nur scheinbar eherne Gesetz durchbrochen, dass mit jeder Konjunkturkrise der Sockel der Arbeitslosen höher wird. Dass es also immer nur schlimmer würde, nie besser. Heute hat Deutschland die viertniedrigste Arbeitslosenquote in der EU. Für diesen Erfolg gibt es auch andere Gründe, die Euro-Krise der anderen, die Demografie - aber fast alle Experten sind sich einig, dass es vor allem die Agenda war. Ist sie trotzdem sozialer Frevel? Ist der unbestreitbare Joberfolg zu teuer erkauft worden? Auch hier helfen die Statistiken. Trotz der Verkürzung der Bezugszeiten sind nicht, wie befürchtet, mehr Ältere in die Grundsicherung gefallen, vielmehr bleiben sie vermehrt auf ihren Arbeitsplätzen; die Zahl der älteren Arbeitslosen ist stark gesunken. Nie gab es so wenig arbeitslose Jugendliche wie heute. Die Zahl der Zeitarbeiter hat sich vervielfacht, ja, aber zu einem guten Teil handelt es sich um zusätzliche Arbeitsplätze, die es also andernfalls gar nicht gegeben hätte.

Das alles relativiert nicht die Sorgen und Nöte vor allem von Geringqualifizierten und Alleinerziehenden, es sind aber Probleme, die mit der Agenda 2010 wenig zu tun haben, dafür viel mit der Globalisierung, der Automatisierung und der Aufholjagd vieler anderer Staaten.

Die Agenda wiederum kann man in ihrer Gesamtwirkung, bei allen Fehlern im Einzelnen, getrost epochal nennen. Sie hat der Politik wieder die Rolle gegeben, die ihr zusteht, die des Akteurs. Dank eines Kanzlers und einer Koalition, die in blanker Not allen ideologischen Ballast abgeworfen und das übliche Spiel umgedreht haben, wonach die jeweils Regierenden Wohltaten vergeben, welche die Nachfolger mühsam einsammeln müssen.

Ein Reformprogramm, das die SPD bis ins Mark erschütterte, das sie am Ende die Macht kostete. Wann hat es das in dieser Wucht je gegeben, wann je wohl würde Angela Merkel so agieren?